

# Sanktionen

Ende vergangener Woche haben sich die Spitzenvertreter der EU-Mitgliedsstaaten auf das nunmehr neunte Sanktionspaket gegen Russland geeinigt. Dazu gehören Sanktionen gegen weitere 141 Personen und 49 Einrichtungen, neue Ausfuhrverbot für Güter und Technologie in der Luft- und Raumfahrtindustrie, Sanktionen gegen drei russische Banken und vier russische Fernsehsender und ein Verbot der Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Werbung, Markt- und Meinungsforschung,



Wirtschaftsprüfung, Unternehmens- und Managementberatung sowie Produktprüfung und technische Inspektion. Eine Ausnahmeregelung ermöglicht es, die Vermögenswerte bestimmter Personen, die eine wichtige Rolle im internationalen Handel mit Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln, einschließlich Weizen und Düngemitteln, gespielt haben, freizugeben. Dies soll russische Agrarexporte in den globalen Süden erleichtern. Ebenfalls geplant ist der umstrittene Gaspreisdeckel. Dessen Ausgestaltung soll noch vor Weihnachten von den EU-Energieministern besprochen werden. Die Bundesregierung würde eine zu niedrige Deckelung gerne vermeiden, um keine Engpässe auf dem Energiemarkt zu verursachen, könnte aber überstimmt werden. Mehr zum neunten Sanktionspaket, zum 70. Geburtstag des Ost-Ausschusses mit Bundeskanzler und Vizekanzler sowie zu den weiteren Entwicklungen der vergangenen 14 Tage erfahren Sie in diesem letzten Sanktions-Update des Jahres 2023.

Wir wünschen Ihnen frohe Festtage und ein gesundes und hoffentlich friedliches neues Jahr!

Hier die Rubriken:

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps&Links](#)

## 1. Ost-Ausschuss

---

### **70 Jahre Ost-Ausschuss:**

#### **Bundeskanzler Scholz kündigt weitere Sanktionen gegen Russland an, hofft aber auf Wiederannäherung in der Zukunft**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat anlässlich des 70. Geburtstages des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft in seiner Rede am 12. Dezember weitere Sanktionen gegen Russland angekündigt, gleichzeitig aber eine Wiederaufnahme von Kooperationen nach Beendigung des Krieges unter einer veränderten russischen Führung in Aussicht gestellt. „Gegenwärtig werden die Beziehungen, die wir haben, zurückgefahren, zurückgefahren, zurückgefahren. Jetzt verschärfen wir die Sanktionen. Das muss jeder wissen“, betonte Scholz vor 250 Gästen in der Berliner Axica.

Der russische Präsident, so der Bundeskanzler, zerstöre mit seinem Krieg „nicht nur die Infrastruktur, die Städte und Dörfer der Ukraine“ und „unglaublich viele Menschenleben“, sondern auch die Zukunft seines Landes. „Aber ein Russland, das den Krieg beendet, und Bürgerinnen und Bürger in Russland, die eine andere Zukunft für sich erstreben, brauchen auch die Chance, dass es in einer anderen Zeit wieder möglich ist, ökonomische Kooperationen zu beginnen“, sagte Scholz. „Russland wird auch nach Ende des Krieges das größte Land auf dem europäischen Kontinent sein. Deshalb ist es ganz zentral, dass wir für diese Zeit auch Vorbereitungen treffen.“

Scholz übermittelte dem Ost-Ausschuss in seiner Rede sechs zentrale Botschaften. Unter anderem gehe es darum, die deutsche Wirtschaft stärker zu diversifizieren. Dies sei ein „sicherheitspolitisches Gebot“. Zudem müssten jetzt die großen Chancen genutzt werden, die sich aus der grünen Transformation der Wirtschaft ergeben. Die durch den Ost-Ausschuss geschaffene „Kontaktstelle Green Deal“ sei deshalb „eine besonders gute Idee“.

Scholz lobte auch die Rolle des Ost-Ausschusses bei der Integration neuer Mitgliedsländer in die Europäische Union. „Darauf hoffe ich auch in Zukunft“, so Scholz und erwähnte die Bestrebungen der Ukraine, Moldaus und Georgiens der EU beizutreten, ebenso wie die Ambitionen Serbiens, Montenegros, Albanien, des Kosovo, Nordmazedoniens und Bosnien-Herzegowinas. „Da sind noch viele Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Aber Europa wird sich verändern, die EU wird sich verändern. Sie wächst, und zwar nach Osten. Eine gute Zeit also für neuen Pioniergeist.“ Gut sei es, dass sich der Ost-Ausschuss bereits 2014 verstärkt der Ukraine zugewandt habe und sich seit dem Beginn des russischen Krieges für Flüchtlinge aus der Ukraine engagiere. „Ihr Service-Desk Ukraine bietet Unternehmen, Initiativen und Verbänden eine wichtige Anlaufstelle für die Koordinierung von Hilfeleistungen.“

Neben Scholz nahm auch der Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck an der Jubiläumsveranstaltung des Ost-Ausschusses teil. Den vollständigen Bericht zur Veranstaltung finden Sie hier:

[„Eine gute Zeit für neuen Pioniergeist“ | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Die Reden des Bundeskanzlers, des Vizekanzlers sowie des stellvertretenden Ost-Ausschuss-Vorsitzenden Hans-Ulrich Engel und die Podiumsdiskussion zu den zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen mit den Ost-Ausschuss-Ländern können Sie im Video auf unserem Youtube-Kanal nochmals mitverfolgen:

[#oa70 Livestream Recording | Jubiläumsempfang des Ost-Ausschusses am 12. Dezember 2022 - YouTube](#)

-----

### **70 Jahre in 70 Bildern - Ost-Ausschuss-Bildband zum Download**

Anlässlich von 70 Jahren Ost-Ausschuss ist ein Bildband mit 70 Bildern und Geschichten aus 70 Jahren erschienen, den Sie kostenlos herunterladen oder beim Ost-Ausschuss in gedruckter Form bestellen können:

[70 Jahre Ost-Ausschuss in 70 Bildern | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

-----

### **Handelszahlen Januar bis Oktober 2022**

Im Monat Oktober sanken die deutschen Exporte nach Russland um 60 Prozent, die Importe gingen um knapp 40 Prozent zurück. Dies zeigen die Zahlen des Statistischen Bundesamts, die der Ost-Ausschuss ausgewertet hat. Während sich damit beide Negativtrends nochmals verstärkten, gab es im Handel mit der Ukraine eine gegenläufige Entwicklung: Die deutschen Importe stiegen um 16 Prozent, die Exporte um immerhin neun Prozent. Die Statistiken zu den ersten zehn Monaten 2022 finden Sie hier:

[Deutscher Osthandel Jan-Okt 2022.pdf \(ost-ausschuss.de\)](#)

-----

### **Service Desk Ukraine: Nothilfe und Wiederaufbau**

Aufgrund der fortgesetzten Zerstörung der (Energie)-Infrastruktur in der Ukraine bittet die ukrainische Regierung um Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft. Alle Unternehmen, die sich an der Nothilfe und dem Wiederaufbau in der Ukraine beteiligen wollen, und/oder in entsprechenden Ost-Ausschuss-Arbeitsgruppen aktiv werden wollen, finden hier Informationen auf einen Blick:

[Service Desk Ukraine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

## 2. Deutschland

---

**Reuters:**

### **Polen sagt 70-prozentige Auslastung von Ölraffinerie Schwedt zu**

Polen sorgt mit Öllieferungen an die Raffinerie Schwedt ab Januar 2023 für eine Auslastung des dortigen Betriebs von 70 Prozent. Dafür habe die Bundesregierung eine Zusage aus Polen, teilte Wirtschaftsstaatssekretär Michael Kellner (Grüne) laut Reuters mit. Die bislang stark von russischen Lieferungen abhängige Raffinerie in Brandenburg könne so ab dem Jahreswechsel wie geplant ohne russisches Öl auskommen.

„Polen will diesen Schritt gemeinsam mit uns gehen“, sagte Kellner. Die Auslastung solle dann mit weiteren Partnern wie Kasachstan schrittweise gesteigert werden. „Das Ziel ist es, die Auslastung von über 70 Prozent im Januar im Laufe des Jahres weiter zu steigern, wenn sich die neuen Bezugsquellen im kommenden Jahr eingespielt haben“, sagte der Grünenpolitiker. „Wir garantieren also, dass in Schwedt weitergearbeitet werden kann“, sagte Kellner. Die Sorge in der strukturschwachen Region war groß, dass die Raffinerie angesichts des Ölembargos 2023 nicht mehr so ausgelastet sein würde wie bisher.

-----

### **Polen fordert Enteignung von Rosneft**

Ab Januar erhält die deutsche PCK-Raffinerie, die Rosneft mehrheitlich gehört, kein russisches Öl mehr. Ersatz soll aus Polen kommen – doch dort erhebt man eine weitreichende Forderung, wie das Handelsblatt berichtet.

Ab Januar auf russisches Rohöl zu verzichten, stellt demnach der Raffinerie vor große Herausforderungen. Wie es in Schwedt weitergeht, hängt vor allem von Ersatzlieferungen aus Polen ab. Die Bundesregierung ringt mit der polnischen Regierung seit Monaten um eine Lösung. Das Problem: Die Deutschlandtochter des russischen Staatskonzerns Rosneft ist bis heute Mehrheitseigner bei PCK. Die Bundesregierung hat Rosneft Deutschland zwar im September unter ihre Treuhandverwaltung gestellt, die Russen haben keinen direkten Einfluss mehr auf PCK. Doch nach Handelsblatt-Informationen reicht das der polnischen Regierung nicht. Die Polen seien weiter darauf aus, dass Rosneft komplett bei PCK herausgedrängt werde, heißt es aus deutschen und polnischen Regierungskreisen.

Die Mittel dafür hätte die Bundesregierung. Per Gesetz könnte sie Rosneft Deutschland enteignen, ähnlich, wie sie das schon mit der Deutschlandtochter des russischen Gaskonzerns Gazprom getan hat. Doch eine Enteignung ist nicht nur rechtlich heikel, auch schwingt stets die Sorge vor Vergeltung vonseiten Russlands mit.

Spätestens bis zur Sitzung des Europäischen Rates am 16. Dezember müsse zumindest eine vorläufige Lösung her, hieß es von Regierungsvertretern. Das bestätigte das Bundeswirtschaftsministerium auf Anfrage: „Wir werten die Gespräche jetzt innerhalb der Bundesregierung aus und rechnen mit einer Entscheidung derzeit bis Ende der Woche.“

Die Treuhandverwaltung über Rosneft Deutschland läuft im März aus. Theoretisch könnte sie verlängert werden, aber das Wirtschaftsministerium hat bereits deutlich gemacht, dass die Treuhand keine dauerhafte Lösung sei. Denkbar ist, dass Polen Lieferungen über Danzig ab Januar zusagt und die Enteignung von Rosneft Deutschland nach März stattfindet.

Erste Probelieferungen von Danzig nach Schwedt hat es bereits gegeben. Doch von ihrer zentralen Forderung, der Enteignung Rosnefts, weicht Warschau weiterhin nicht ab. Neben politischen stecken dahinter auch wirtschaftliche Interessen und Fragen der Versorgungssicherheit. Über den Hafen Danzig versorgt Polen seine eigenen Raffinerien mit Rohöl, die Kapazitäten sind begrenzt. Aus Sicht Warschaus braucht es weitere Investitionen in die Lieferwege, an denen sich Deutschland beteiligen sollte.

Und die polnische Regierung hat nach Handelsblatt-Informationen auch ein Interesse daran, sich selbst bei PCK als Anteilseigner zu beteiligen. Die Produkte der Raffinerie werden ebenso ins unweitere Nachbarland geliefert. Die Regierungen sprechen derzeit darüber, ob man den polnischen Mineralölkonzern Orlen in Schwedt mit an Bord holen könnte.

-----

### **Bosch will Werke in Russland abstoßen**

Angesichts der geopolitischen Krisen überarbeite der Stiftungskonzern seine Strategie. „Wir müssen unsere mittelfristigen Investitionsschwerpunkte überdenken, berichtet die Nachrichtenagentur dts. In China, wo Bosch rund ein Fünftel des Konzernumsatzes erwirtschaftet, ist eine Reduktion des Engagements zwar nicht geplant. Um künftig die China-Risiken besser abzufedern, setzt Bosch unter anderem auf Indien mit seinen 1,4 Milliarden Einwohnern. Bei Wachstumsraten von mehr als 30 Prozent in den vergangenen beiden Jahren setzt Bosch dort inzwischen mehr als zwei Milliarden Euro um.

-----

### **Statistisches Bundesamt: Umbruch im Russlandhandel**

Viele Unternehmen haben im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine den Handel mit Russland drastisch verringert oder eingestellt. Geschäftsbeziehungen dorthin sind auch wegen der gegen Russland getroffenen Sanktionen beendet worden. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, exportierten im Jahr 2021 noch 19.285 Unternehmen Waren im Wert von 27 Milliarden Euro aus Deutschland nach Russland. Das waren 6 Prozent der insgesamt 330.192 Unternehmen, die im Jahr 2021 Waren ins Ausland ausführten. Den größten Anteil bei den Exportgeschäften mit Russland hatten Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes: Sie machten mit 8.559 Unternehmen etwas weniger als die Hälfte (44 %) der nach Russland exportierenden Unternehmen aus und exportierten fast drei Viertel (74 %) aller Waren. Darunter waren der Maschinenbau und die Kraftfahrzeugindustrie mit jeweils 18 % der Gesamtexporte nach Russland besonders stark vertreten.

-----

## Kanada nimmt Turbinen-Ausnahme zurück

Kanada hat seine Sanktionen gegen Gasturbinen für die Ostseepipeline Nord Stream 1 wieder in Kraft gesetzt. Das verkündeten die Außenministerin Mélanie Joly und der Minister für natürliche Ressourcen Jonathan Wilkinson in einer gemeinsamen Stellungnahme auf Twitter. Im Sommer war Kanada Deutschland entgegengekommen und gewährte eine Ausnahme von seinen Russland-Sanktionen. Ziel war es, die Ausfuhr der Gasturbinen zu ermöglichen, die in einer Fabrik in Kanada gewartet wurden. Russland hatte behauptet, die Aggregate seien notwendig, um seine Gaslieferungen aufrechtzuerhalten. Eine Turbine kam dank der Ausnahmeregelung auch nach Deutschland. Weil Russland sich geweigert habe, sie entgegenzunehmen, stehe sie bis heute noch dort, berichten die kanadischen Minister. Mit der Zerstörung der Pipeline sei schließlich auch der Zweck der Ausnahmeregelung entfallen.

## 3. Europäische Union

---

### EU-Staaten bringen neues Sanktionspaket gegen Russland auf den Weg

#### Inhalte des neunten EU-Sanktionspaket in der Übersicht:

- Ausfuhrkontrollen und -beschränkungen: Die Liste der Einrichtungen, die mit dem militärischen und industriellen Komplex Russlands in Verbindung stehen, wurde um weitere 168 Einrichtungen, die von sektoralen Maßnahmen betroffen sind, erheblich erweitert. Sie schränkt den Handel mit Chemikalien, Nervenkampfstoffen, Nachtsicht- und Funknavigationsausrüstung, Elektronik und IT-Komponenten ein.
- Die EU wird das Ausfuhrverbot für Güter und Technologien der Luft- und Raumfahrtindustrie auf Flugzeugtriebwerke und deren Teile ausweiten. Dieses Verbot gilt sowohl für bemannte als auch für unbemannte Luftfahrzeuge, d. h., von nun an ist die direkte Ausfuhr von Drohnenantrieben nach Russland und in alle Drittländer, die Drohnen an Russland liefern könnten, verboten.
- Der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln, einschließlich Weizen und Düngemitteln, ist davon nicht betroffen. Eine neue Ausnahmeregelung ermöglicht es, die Vermögenswerte bestimmter Personen, die vor ihrer Aufnahme in die Liste eine wichtige Rolle im internationalen Handel mit Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln, einschließlich Weizen und Düngemitteln, gespielt haben, freizugeben und ihnen Gelder und wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen.
- Der Text präzisiert und ändert die Ausnahmen vom Einfuhrverbot für Stahlerzeugnisse, die entweder ihren Ursprung in Russland haben oder aus Russland ausgeführt wurden.

- Bestimmungen zur Erleichterung von Desinvestitionen und Abwicklungen: Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 822/2014 wird geändert, um Transaktionen und Verkäufe zu ermöglichen, die unbedingt erforderlich sind, um den Abbau, die Desinvestition und den Rückzug aus Russland bis zum 30. Juni 2023 zu ermöglichen.

Darüber hinaus wird Artikel 12b eingefügt, wonach der Verkauf, die Lieferung oder die Übertragung von Gütern und Technologien, die in den Anhängen II, VII, X, XI, XVI, XVIII, XX und XXIII sowie in Anhang I der Verordnung (EU) 2021/821 aufgeführt sind, bis zum 30. September 2023 zulässig ist, wenn ein solcher Verkauf, eine solche Lieferung oder eine solche Übertragung für die Desinvestition aus Russland oder die Abwicklung von Geschäftstätigkeiten in Russland unbedingt erforderlich ist (es gelten bestimmte Bedingungen).

- Bankensektor: Die EU wird das Vermögen von zwei weiteren russischen Banken (Credit Bank of Moscow and Dalnevostochniy Bank) einfrieren und die Russische Bank für regionale Entwicklung in die Liste der russischen staatlichen oder staatlich kontrollierten Unternehmen aufnehmen, für die ein vollständiges Transaktionsverbot gilt.
- Energie- und Bergbausektor: Neuinvestitionen in den russischen Energiesektor werden durch ein zusätzliches Verbot von Neuinvestitionen in den russischen Bergbausektor ins Visier genommen, mit Ausnahme von Bergbau- und Steinbruchaktivitäten, die bestimmte kritische Rohstoffe betreffen.
- Beratungsdienste: Ein neues Verbot der Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Werbung, Markt- und Meinungsforschung, Wirtschaftsprüfung, Unternehmens- und Managementberatung sowie Produktprüfung und technische Inspektion für die Russische Föderation und für in Russland ansässige juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen. Die Erbringung von technischer Hilfe im Zusammenhang mit nach Russland ausgeführten Gütern ist weiterhin zulässig, sofern der Verkauf, die Lieferung, die Weitergabe oder die Ausfuhr dieser Güter zu dem Zeitpunkt, zu dem die technische Hilfe geleistet wird, nicht nach dieser Verordnung verboten ist.
- EU-Staatsangehörige dürfen keine Ämter in den Leitungsgremien aller russischen juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen mit Sitz in Russland bekleiden, die sich in staatlichem Besitz befinden oder kontrolliert werden.
- Sanktionierung von weiteren 141 Personen und 49 Einrichtungen mit Vermögenssperren und Einreiseverboten. Unter ihnen sind etwa mehrere stellvertretende russische Ministerpräsidenten, Minister sowie Unternehmen aus der Rüstungs- und Automobilindustrie, die russischen Streitkräfte und einzelne Offiziere, Unternehmen der Rüstungsindustrie, Mitglieder der Staatsduma und des Föderationsrates, Gouverneure und politische Parteien. Schon zuvor hatte die EU mehr als 1.200 Einzelpersonen und 118 Organisationen sanktioniert.



- Ein Verbot von vier Sendern, die nach Angaben der EU russische Propaganda verbreiten. Wegen des Vorwurfs der Kriegspropaganda gilt für die russischen Medien NTV/NTV Mir, Rossija 1, REN TV und den Perwy Kanal nunmehr ein Sendeverbot für alle Verbreitungswege.

Veröffentlichung im EU-Amtsblatt:

[EUR-Lex - L:2022:3221:TOC - DE - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

Englisch: [Publications Office \(europa.eu\)](#)

Pressestatement des Hohen Repräsentanten für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell:

[Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine: EU verabschiedet neuntes Paket mit wirtschaftlichen und gegen Einzelpersonen gerichtete Sanktionen - Consilium \(europa.eu\)](#)

## **Hintergründe zu den Sanktionsentscheidungen**

Die 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben ein neuntes Paket mit Sanktionen gegen Russland auf den Weg gebracht. Am Rande des EU-Gipfels in Brüssel billigte der Ausschuss der ständigen Vertreter am 15. 12. einstimmig Pläne, die unter anderem neue Strafmaßnahmen gegen russische Banken und zusätzliche Handelsbeschränkungen vorsehen. Zuvor war ein tagelanger Streit über mögliche unerwünschte Nebenwirkungen von Sanktionen beigelegt worden. Deutschland hatte gemeinsam mit Ländern wie Frankreich und den Niederlanden gefordert, im Zuge des neuen Sanktionspakets bestimmte Regeln zu ändern, um Beeinträchtigungen des Handels mit Agrarprodukten und Düngemitteln zu vermeiden.

Andere Länder wie Polen und Litauen argumentierten, Berichte über angeblich durch Sanktionen verhinderte Agrarexporte seien „russische Propaganda“ mit dem Ziel, EU-Sanktionen abzuschwächen. Beide Seiten akzeptierten schließlich einen Kompromiss. Nach Angaben von Diplomaten trägt er den Forderungen Rechnung, die Nahrungsmittelsicherheit zu garantieren.

Neben Handels- und Finanzsanktionen umfasst das neunte Paket seit Ende Februar mit Strafmaßnahmen eine Liste mit fast 200 Personen und Einrichtungen. Gegen sie werden Vermögenssperren und EU-Einreiseverbote verhängt. Schon jetzt hat die EU mehr als 1200 Einzelpersonen und 118 Organisationen sanktioniert, weil sie territoriale Integrität der Ukraine sowie die Souveränität des Landes unterlaufen.

Unter den EU-Staaten hatte es bei den Debatten um das neunte EU-Sanktionspaket einen schweren Streit gegeben, berichtete die FAZ. Dabei ging es um Ausnahmen für den Export von Düngemitteln und Lebensmitteln. Unter deutscher Führung drang die Mehrheit der Mitgliedstaaten auf eine Sonderbestimmung, die es nationalen Behörden erlauben würde, sechs russische Oligarchen von Sanktionen auszunehmen und ihnen insbesondere den Export von Getreide und Düngemitteln in Drittstaaten zu gestatten. Gegen diese Ausnahme legten Polen und Litauen kurzfristig ihr Veto ein. Die vorgeschlagene Ausnahme öffne



„ein großes Schlupfloch“ und ermögliche Oligarchen „ihren Wohlstand zu mehren, was zum russischen Kriegsbudget beiträgt“, argumentierte Litauen gemäß einem der FAZ vorliegenden Schriftsatz. „Wir würden so nur die russische Propaganda verstärken, dass unsere Sanktionen an der globalen Nahrungsmittelkrise schuld seien.“

Dagegen verwiesen Deutschland und weitere Länder darauf, dass der UN-Generalsekretär die EU-Staaten ausdrücklich um Ausnahmen gebeten habe, weil mehrere afrikanische Staaten von den Lieferungen abhängig seien. Wegen der Sanktionen wurden in den vergangenen Monaten Transporte in fünf Ländern aufgehalten, darunter Belgien und die Niederlande.

Offiziell hatte die EU bisher stets beteuert, Lebens- und Düngemittel seien von Sanktionen ausgenommen. Das bezog sich jedoch auf sektorale Sanktionen. De facto wurde der russische Export von Düngemitteln über EU-Staaten durch die individuellen Listungen von Personen komplett gestoppt. Zu den sechs betroffenen Oligarchen gehört der russische Unternehmer Dmitrij Mazepin. Er war bis März Mehrheitseigentümer des von ihm gegründeten Unternehmens Uralchem. Nachdem er wegen seiner Nähe zum Kreml gelistet wurde, verminderte er seinen Anteil auf 48 Prozent und trat als Vorstandsvorsitzender zurück. Gleichwohl seien nun selbst „humanitäre Lieferungen“ an afrikanische Länder nicht mehr über EU-Häfen möglich, klagte er diese Woche in der „Financial Times“.

Um diese Bedenken in Bezug auf die Ernährungssicherheit in Drittländern Rechnung zu tragen, wurde letztlich eine neue Ausnahmeregelung eingeführt, die es ermöglicht, eingefrorene Vermögenswerte bestimmter Personen freizugeben. Konkret geht es um Personen, die eine wesentliche Rolle im internationalen Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln - einschließlich Weizen und Düngemitteln - spielen. Ein EU-Beamter betonte, dass sie jedoch nicht von der Sanktionsliste gestrichen würden. Die Lockerungen wurden unter anderem auch damit begründet, dass Russland mit dem Abkommen zu ukrainischen Getreidelieferungen durch das Schwarze Meer ein Druckmittel in der Hand hat. Aus Moskau hatte es zuletzt immer wieder geheißen, dass es nur verlängert werde, wenn Russland uneingeschränkt Düngemittel exportieren könne.

Um diese Lockerungen hatte es lange Streit gegeben. Deutschland hatte gemeinsam mit Ländern wie Frankreich und den Niederlanden gefordert, im Zuge des neuen Sanktionspakets bestimmte Regeln zu ändern, um Beeinträchtigungen des Handels mit Agrarprodukten und Düngemitteln zu vermeiden. Länder wie Polen und Litauen argumentierten, Berichte über angeblich durch Sanktionen verhinderte Agrarexporte seien „russische Propaganda“ mit dem Ziel, EU-Sanktionen abzuschwächen. Beide Seiten akzeptierten schließlich einen Kompromiss. Aus Moskau hieß es zu der EU-Maßnahmen, damit habe die EU selbst eingeräumt, dass ihre Politik die Welternährung lange Zeit gefährdet habe. Allerdings solle Brüssel es nicht bei „kosmetischen Änderungen“ belassen, sondern die Beschränkungen für den Export von Agrarprodukten, Dünger und der für deren Herstellung nötigen Rohstoffe allumfassend aufheben.

-----

## **Ring um Gaspreisdeckel der EU: Deutschland könnte überstimmt werden**

Deutschland lehnt einen Preisdeckel auf Erdgas ab, könnte aber auf EU-Ebene überstimmt werden. Am vergangenen Freitag hatten sich die EU-Regierungschefs prinzipiell auf die Einführung eines Deckels geeinigt. Die Details sollen in der Woche vor Weihnachten noch die zuständigen Energieminister aushandeln. Und hier sind zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Updates noch viele Fragen offen, wie Tagesschau.de berichtet .

Die Niederlande, Österreich, Dänemark und Deutschland sehen eine solche Preisobergrenze kritisch. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck betont: „Wir müssen die Preise runterbringen. Wir wissen nur aus bisherigen Markteingriffen, dass wir sehr vorsichtig sein müssen, nicht das Gute zu wollen und das Schlechte auszulösen.“ Das heiße, so Habeck, durch einen unbedachten Fehler dafür zu sorgen, dass die Preise auf einmal höher werden, weil die Märkte darauf negativ reagieren. Die Deckelgegner fürchten außerdem, dass Tanker mit Flüssiggas wegen der Preisobergrenze vor Europa abdrehen und in Länder liefern könnten, wo sie mehr bekommen. Bundeskanzler Olaf Scholz erklärte beim Gipfel Ende vergangener Woche, der Preis des Deckels müsse so hoch sein, dass er nie relevant wird. Aber die Mehrheit der Mitgliedsstaaten will ihn - allen voran Italien, Frankreich, Polen, Griechenland und auch Belgien. Dessen Energieministerin Tinne van der Straeten erklärt, auch sie fordere eine Preisobergrenze, die Energie- und Finanzmärkte nicht durcheinander bringt. Das sei nicht nur eine Sorge Deutschlands, sondern aller 27 Staaten: "Wir haben vergangene Woche schon große Fortschritte gemacht, was die Struktur des Mechanismus betrifft. Es sind nur noch ein paar Punkte offen.“

Jetzt muss Jozef Sikela die Quadratur des Kreises schaffen. Der tschechische Industrieminister leitet die Verhandlungen, sein Land hat noch bis Jahresende die EU-Ratspräsidentschaft inne. Sikelas Vorschlag: Der Preisdeckel greift, wenn der Gaspreis drei Tage lang höher ist als 188 Euro pro Megawattstunde. Diese Marke liegt deutlich unter einem früheren Entwurf der EU-Kommission, den Preisdeckel-Befürworter als schlechten Witz bezeichnet hatten. Die tschechische Regierung will den Mechanismus aber aussetzen, falls es in der gesamten EU oder in einem Mitgliedsstaat zu Gasmangel kommt. Dazu meint Sikela: „Wir bieten also eine Lösung an, die beide Seiten zufrieden stellen sollte - die Befürworter eines Preisdeckels und diejenigen, die ihn fürchten.“ Wenn keine einvernehmliche Lösung möglich ist, müssten 15 der 27 EU-Staaten zustimmen, die für 65 Prozent der Gesamtbevölkerung stehen. Deutschland könnte also überstimmt werden: "Wenn es so kommt, werden wir damit leben müssen", sagt Habeck.

[Beratung zu EU-Gaspreisdeckel: Deutschland könnte überstimmt werden | tagesschau.de](#)

-----

## **Oligarchen klagen gegen EU-Sanktionen**

Oligarchen und Unternehmen aus Russland und Belarus wehren sich mit Klagen am Europäischen Gerichtshof gegen EU-Sanktionen. Derzeit seien bereits 61 Klagen von sanktionierten Personen und Unternehmen in Luxemburg anhängig, schreibt die Bild-Zeitung.

Nach Dokumenten, die auf der Website des Gerichtshofes einsehbar sind, verlangen zum Beispiel die zwei Oligarchen Grigorij Bereskin und Gennadij Timtschenko Schadenersatz für einen angeblich erlittenen „immateriellen Schaden“. Bereskin macht so geltend, er habe „schwere Reputationsschäden erlitten“ und stehe in keinem Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine. Auch unterstütze er nicht die Regierung der Russischen Föderation. Er verlangt offensichtlich symbolisch einen Euro als Ersatz für den immateriellen Schaden.

Der in der Schweiz lebende Timtschenko, der mit Kreml-Chef Wladimir Putin Eishockey spielte, will hingegen eine Million Euro Schadenersatz von der EU. Er wirft der EU in seiner Klage einen offensichtlichen Beurteilungsfehler vor, was „die Beziehung zwischen dem Kläger und Präsident Putin“ angeht. Zudem nennt er als weitere Klagegründe unter anderem die „Verletzung des Rechts auf effektiven gerichtlichen Schutz und der Begründungspflicht“ und einen „Verstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und gegen die Grundrechte“.

Auf der Liste der Kläger in Luxemburg stehen Gerichtsdocumenten zufolge weitere im Westen bekannte Oligarchen, unter ihnen der Ex-Besitzer des englischen Fußballclubs FC Chelsea, Roman Abramowitsch, oder Michail Fridman, Gründer und Manager des großen Finanzkonzerns Alfa-Group.

Geklagt hat nach dpa-Informationen auch der in Deutschland bekannte Oligarch Alischer Usmanow, der zeitweise in einer Luxusvilla am Tegernsee lebte und mittlerweile in seine Heimat Usbekistan geflohen sein soll. Usmanow hatte versucht, per Eilbeschluss von der EU-Sanktionsliste gestrichen zu werden. Aber das lehnte der Präsident des zuständigen Gerichts der Europäischen Union ab.

-----

### **Wirkt der Preisdeckel auf russisches Öl?**

Vor der Meerenge, die das Schwarze Meer vom Mittelmeer trennt, warten schätzungsweise rund zwanzig Tanker und über 25 Millionen Barrel Rohöl, berichtet Tagesschau.de. Die Tanker stehen im Stau auf einer der wichtigsten Exportrouten für russisches, aber auch kasachisches Rohöl Richtung Europa. Der Grund für den Tankerstau: Türkische Behörden verlangen seit diesem Monat neue Belege für den Versicherungsschutz dieser Rohöl-Tanker. Denn die EU hat zusammen mit den G7-Staaten und Australien einen Preisdeckel auf russisches Öl eingeführt. Europäische Versicherer dürfen seit gut einer Woche nur noch solche Tanker versichern, deren Erdöl für weniger als 60 US-Dollar pro Barrel verkauft wird - ganz gleich in welches Land. Das Ziel des europäischen Preisdeckels ist einfach: Es soll Russland einen Strich durch die Rechnung machen, wenn es darum geht, den immer noch als „Spezialoperation“ bezeichneten Krieg in der Ukraine zu finanzieren. Im vergangenen Jahr kamen 40 Prozent des russischen Haushalts aus dem Export von Rohstoffen. Allein mit den Steuereinnahmen auf die Ausfuhr von Erdöl und Gas im Jahr 2021 verdiente der Kreml 9,1 Billionen Rubel. Zum Vergleich: Im gleichen Zeitraum hat Russland 3,1 Billionen Rubel für seine Verteidigung ausgegeben. Also gerade einmal gut ein Drittel der Steuereinnahmen aus dem Export von Öl und Gas.

Auch deshalb steht für Russland beim Ölpreisdeckel viel auf dem Spiel. Analysten wie etwa Lauri Myllyvirta vom finnischen Thinktank CREA rechnen vor, dass bislang zwei Drittel des russischen Rohöls entweder von Tankern unter europäischer Flagge transportiert wird - oder von solchen, die von in Europa ansässigen Versicherern wie Lloyds in London versichert werden. Über diese Versicherer werden also auch die Preise für den Export in solche Staaten gedeckelt, die bei dieser Sanktionsmaßnahme offiziell gar nicht mitmachen - Indien oder China. Myllyvirta hält den Wirkmechanismus des Deckels deshalb für richtig und wichtig. Doch funktioniert er auch?

Medien wie die „Financial Times“ haben über eine „russische Schattenflotte“ als Folge des Ölpreisdeckels berichtet. Über 100 alte Tanker sollen durch Briefkastenfirmen aufgekauft worden sein, um damit russisches Rohöl unabhängig von europäischen oder in Europa versicherten Flotten exportieren zu können. Doch der CREA-Analyst Myllyvirta warnt, dass hinter den undurchsichtigen Briefkastenfirmen nicht zwangsläufig russische Firmen stecken müssen. Es könnten auch andere Akteure sein, die beim Geschäft mit russischem Rohöl vorbei an europäischen Sanktionen jetzt das große Geld wittern. Denn wer wirklich hinter den Briefkastenfirmen steckt, die die alten Tanker aufgekauft haben, sei nur schwer zu belegen.

Gleichzeitig berichtete der Anbieter „Tanker Trackers Inc.“ von einem der wohl größten messbaren ersten Folgen des Ölpreisdeckels. Der Anbieter wertet Schiffsbewegungen aus - auch Bewegungen aus und in sanktionierte Länder wie Russland, Venezuela oder Nordkorea. Allein am Montag und Dienstag nach Beginn des Preisdeckels sollen lediglich 3,88 Millionen Barrel Rohöl russische Häfen verlassen haben. Das wäre ein Minus von fast 50 Prozent und der größte bislang gemessene Rückgang für die Ostsee und Schwarzmeer-Region. Doch all diese Meldungen seien nicht zwangsläufig Erfolgsmeldungen, warnt beispielsweise der russische Ökonom Sergej Alexaschenko. Auch wenn der Ölpreisdeckel wirke, bedeute das nicht zwangsläufig, dass der russische Staatshaushalt in Bedrängnis gerate - geschweige denn, dass er Probleme haben könnte, seine "Spezialoperation" in der Ukraine zu finanzieren.

Zwar exportiert Russland zurzeit weniger Öl - und vor allem weniger Gas. Gleichzeitig aber wurden die Steuersätze angehoben, um so die Folgen des Exportrückgangs auszugleichen. Allein die Ölindustrie soll dieses Jahr so 600 Millionen Rubel - umgerechnet 9,5 Millionen US-Dollar - zusätzlich zum russischen Staatshaushalt beigetragen haben. Der russische Gaskonzern Gazprom soll dem Staatshaushalt durch die Steuererhöhung zusätzlich umgerechnet 19 Milliarden US-Dollar beschert haben, rechnet Alexaschenko vor. Die für kommendes Jahr erwarteten Verluste hat das russische Finanzministerium rein rechnerisch bereits ausgeglichen. Myllyvirta widerspricht allerdings. Der russische Haushaltsentwurf für 2023 basiere auf einem durchschnittlichen Preis von 70 Dollar pro Barrel. Für Russland fielen Förder- und Transportkosten von geschätzt 20 Dollar pro Barrel an. Sollte der Ölpreisdeckel im Januar weiter verschärft und der zulässige Höchstpreis weiter gesenkt werden, könnte Russland die Steuern nicht unbegrenzt erhöhen - denn irgendwann wäre der Verkauf von russischem Rohöl dann ein Minusgeschäft.

Klar ist allerdings, dass sich Russland auf den Rückgang beim Export von Öl und Gas bereits vorbereitet hat. Ob das ausreicht, ist wohl auch davon abhängig davon, ob sich

die Europäische Union auf einen noch niedrigeren Höchstpreis für russisches Rohöl einigen kann. Es sei noch zu früh, über die Auswirkungen des Ölpreisdeckels auf den russischen Staatshaushalt zu sprechen, erklärte der russische Finanzminister Anton Siluanow. Und warnte sogleich, dass sich diese „nicht marktwirtschaftliche Maßnahme“ auf den Weltmarkt auswirken werde. Außerdem bereite Russland bereits Gegenmaßnahmen vor. Laut Alexander Nowak, einem der russischen Vize-Premierminister Russlands, sollen diese bis Ende des Jahres verabschiedet werden. Russischen Firmen könnte dann der Handel mit Partnern verboten werden, die sich an den eingeführten Ölpreis-Deckel halten.

[Sanktionen gegen Russland: Wirkt der Preisdeckel auf russisches Öl? | tagesschau.de](#)

-----

### **Präzisierung von Sanktionsausnahmen**

Die Europäische Kommission hat eine Reihe neuer Erläuterungen (FAQ) zum Export von Chemikalien für pharmazeutische, medizinische, landwirtschaftliche und lebensmitteltechnische Erzeugnisse nach Russland veröffentlicht.

[Frequently asked questions on REACH regulation concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

Die Kommission wies dabei auch darauf hin, dass der Importeur oder der Alleinvertreter von einer zuständigen nationalen Behörde für einen Verstoß gegen das Transaktionsverbot verantwortlich gemacht werden kann, wenn der Stoff zu anderen als den in der Ausnahmeregelung genannten Zwecken eingeführt oder verwendet wird.

-----

### **Auswirkungen der EU-Sanktionen auf Wertpapiere**

Die Interessengruppe Wertpapiere und Märkte (SMSG) der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) hat ein Positionspapier über Hinterlegungsscheine (DRs) im Zusammenhang mit den EU-Sanktionen gegen Russland veröffentlicht. Das Papier beschreibt die Auswirkungen der EU-Sanktionen und der russischen Gegensanktionen auf Hinterlegungsscheine und fordert, dass die ESMA und die Europäische Kommission Leitlinien und einen klaren harmonisierten Ansatz für die Aufrechterhaltung der Vermögensrechte von EU-Bürgern (einschließlich der Rechte auf Dividenden) in russischen Unternehmen bereitstellen:

[ESMA22-106-4322 SMSG Advice on Depositary Receipts and Geopolitical Risks \(europa.eu\)](#)

-----

## **Tschechien schafft neue Sanktionseinheit**

Das tschechische Außenministerium errichtet eine Sektion, die sich auf tschechische Sanktionen gegen Russland konzentrieren wird. Das sagte Außenminister Jan Lipavský (Piraten) am Sonntag in einer vom öffentlich-rechtlichen Tschechischen Fernsehen ausgestrahlten Debatte. Die Einführung konkreter Maßnahmen ermöglichte Tschechien das Gesetz über tschechische Sanktionen gegen ausländische Firmen und Ausländer, die ernsthafte gesetzwidrige Taten begehen. Der Staat kann beispielsweise ihre Einreise nach Tschechien oder ihren Aufenthalt auf tschechischem Gebiet verhindern und ihr Eigentum einzufrieren. Das Gesetz, das mit der russischen Aggression gegen die Ukraine zusammenhängt, ermöglicht, Restriktionen auch gegen Organisationen und Regime einzuführen, die Menschenrechte verletzen oder terroristische Methoden und Cyber-Angriffe nutzen.

[Tschechisches Außenministerium errichtet Sektion für tschechische Sanktionen gegen Russland | Radio Prague International](#)

-----

## **EU-Informationen zu Russland-Sanktionen**

Alle EU-Sanktionsentwicklungen in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU (letztes Update 13.11.):

[EU Sanctions Map](#)

## 4. Russland

---

### Russische Gegenmaßnahmen gegen Ölpreisdeckel

Moskau hat drei Optionen entwickelt, um auf die Einführung einer Preisobergrenze für russisches Öl durch die G7 und die Europäische Union zu reagieren. Der Entwurf eines Dekrets des Präsidenten wird derzeit mit seiner Administration in der Regierung diskutiert. Dies berichtete die Zeitung „Wedomosti“ am 7. Dezember. Der Zeitung zufolge sieht die erste Option die Einführung eines vollständigen Verbots des Verkaufs von Öl an Länder vor, die die Beschränkung unterstützen, auch über Zwischenhändler. So wird die Lieferung gestoppt, wenn der Endempfänger des Rohstoffs ein Mitglied der G7 ist, obwohl das Öl formell von einem neutralen Land gekauft wird.

Die zweite Variante sieht ein Verbot der Ausfuhr im Rahmen von Verträgen vor, die eine Preisobergrenze vorsehen, unabhängig vom Empfängerland.

Als dritte Variante erwägen die Behörden die Einführung eines maximalen Abschlags für russisches Urals-Öl auf die Referenzsorte Brent. Wird der Abschlag erhöht, wird der Verkauf verboten. Der Quelle von Wedomosti zufolge ist diese Alternative jedoch die unwahrscheinlichste.

Wie die Zeitung feststellt, ist keine dieser Optionen bislang offiziell genehmigt worden. In diesem Zusammenhang sind auch andere Alternativen denkbar. Am Vortag hatte Bloomberg berichtet, dass Moskau als Reaktion auf die Einführung einer Obergrenze für die russischen Ölpreise die Möglichkeit der Einführung eines Mindestfestpreises für diese Art von Rohstoffen sowie andere Maßnahmen in Betracht zieht.

Am selben Tag erklärte der stellvertretende russische Ministerpräsident Alexander Novak, dass Russland nach der Einführung der Obergrenze für die Ölpreise neue Mechanismen zur Sicherung der Versorgung einsetzen werde. Er äußerte sich auch zuversichtlich, dass die russischen Rohstoffe trotz der Beschränkungen auf dem Weltmarkt gefragt sein werden.

Stanislaw Mitrachowitsch, ein Experte des Nationalen Energiesicherheitsfonds und der Finanzuniversität der russischen Regierung, sagte am 6. Dezember, dass Russland unter den Bedingungen westlicher Ölrestriktionen seine Lieferungen umlenken und ein Versicherungsgeschäft für den Transport aufbauen müsse. Seiner Meinung nach hätte Moskau dann mehr Handlungsfreiheit.

[В России разработали три варианта ответа на потолок цен на нефть | Новости экономики | Известия | 07.12.2022 \(iz.ru\)](#)

Am 5. Dezember erklärte Elena Zotova, Expertin am Institut für die Entwicklung der Brennstoff- und Energietechnologie (IRTTEK), dass der Markt infolge solcher Maßnahmen der westlichen Länder an russischen Energieressourcen verlieren und die Ölpreise steigen würden.

-----



## **Einschränkungen für „ausländische Agenten“**

In Bezug auf die jüngsten regulatorischen Entwicklungen in Russland möchten wir auf das Inkrafttreten des Gesetzes über ausländische Agenten (255-FZ vom Juli 2022) am 1. Dezember hinweisen. Die Anerkennung als ausländischer Agent bringt eine Reihe von rechtlichen Verpflichtungen mit sich und führt auch eine Reihe von Einschränkungen und Begrenzungen ein, z.B. beim Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen oder bei der Möglichkeit, in bestimmte Unternehmen zu investieren, sowie schwere Strafen im Falle von Verstößen.

-----

## **Sanktionsumgehung bei Speicher-Chips?**

Russland soll seit April Elektronik und Computertechnik im Wert von mindestens 2,6 Milliarden US-Dollar importiert haben. Fast ein Drittel davon stamme von westlichen Chipherstellern wie Intel und AMD aus den USA sowie Infineon aus Deutschland, dies berichtet Reuters. Quelle dafür seien Daten des russischen Zolls. Westliche Sanktionen untersagen eigentlich die Lieferungen von Halbleitern nach Russland. Laut Reuters halfen Unternehmen aus der Türkei, Hong Kong und Estland dabei, die Beschränkungen zu umgehen.

[The supply chain that keeps tech flowing to Russia \(reuters.com\)](https://www.reuters.com/technology/russia-tech-supply-chain-keeps-flowing-2022-12-01/)

-----

## **Geringer Einkaufsspaß in Russland - Weihnachten im Lichte von Sanktionen**

Der Einkaufsspaß ist vielen sonst besonders zum Neujahrsfest konsumfreudigen Russen durch die Folgen des Krieges in diesem Jahr vergangen, dies berichtet die dpa. Zwar erstrahlt etwa die Millionenmetropole Moskau mit opulenten Dekorationen und der Jolka, dem Weihnachtsbaum, auf jedem größeren Platz wie zum Beweis dafür, dass Energie das geringste Problem der Rohstoffgroßmacht ist. Aber der Glanz kann kaum über die vielen Probleme hinwegtäuschen: Viele Geschäfte sind geschlossen. Die Einkaufszentren sind bisweilen menschenleer. Restaurants beklagen einen Mangel an Neujahrsfeiern. Im Moskauer Einkaufszentrum Jewropejski am Kiewer Bahnhof stehen Boutiquen von Dior, Chanel und Swarovski leer. Tausende westliche Firmen haben ihre Repräsentanzen in Russland wegen Moskaus Krieg gegen die Ukraine abgestoßen, weil die Sanktionen der EU und der USA Geschäfte erschweren oder unmöglich machen. Zahlreiche Einkaufszentren stünden vor dem Bankrott, sagt der Wirtschaftsprofessor Kirill Kulakow.

Schon durch die Schließungen während der Pandemie seien viele in die Schiefelage geraten. „Die Probleme haben sich nun nach Beginn der militärischen Spezialoperation in der Ukraine und wegen der sinkenden Kaufkraft der Bevölkerung verschärft“, sagte er in einem Radiointerview. Kulakow erwartet, dass sich die Lage zuspitzt. Viele Russen haben durch den Abzug westlicher Unternehmen und Investoren ihre Jobs verloren. Aber auch bei denen, die Arbeit haben, ist wegen der Inflation von etwa 15 Prozent das Geld knapp, weil Lebensmittel und andere Waren des täglichen Bedarfs immer teurer werden.

Zwar zeigen russische Staatsmedien in Auslandsberichten immer wieder voller Häme auch aus Deutschland Demonstranten und andere Unzufriedene, die sich über Energiepreise, kalte Wohnungen und andere Härten beklagen. Das soll den Russen zeigen, dass es in der Heimat, wo viele Wohnungen überheizt sind, besser ist.

Wer aber zwischen Russland und Deutschland pendelt, merkt schnell, dass die Stimmung in Moskau und anderen Städten trotz des Lichterglanzes düster ist. Der Lebensstandard fällt. Niemand weiß, wie lange der Krieg dauert. Die Angst ist groß, dass Kremlchef Wladimir Putin noch mehr Reservisten zum Krieg einziehen und damit noch mehr heile Familienwelten zerstören könnte. Auch wenn Putin bei seinen Fernsehauftritten die Probleme weglächelt, ist die Verunsicherung der Menschen greifbar.

Viele Zahlen spiegeln das wider. Verkäufer von Möbeln, Haushaltstechnik und Elektronik klagen über Umsatzeinbrüche von 30 Prozent oder mehr. Ähnlich sieht es bei Baumaterialien, Schuhen und Kleidung sowie Kosmetik aus. Zwar ist es trotz des Abzugs von Apple in Moskau kein Problem, das neueste iPhone zu bekommen. Aber nicht zuletzt wegen des vom Staat kontrollierten Rubelkurses müssen die Menschen dafür tief in die Tasche greifen.

Stark zugenommen haben sogenannte Parallelimporte. Dabei werden Waren durch Dritte am Hersteller vorbei nach Russland eingeführt - unter Umgehung von Sanktionen. Die Türkei und Kasachstan, die die Sanktionen des Westens nicht mittragen, sind hier wichtige Partner Russlands. Gefragt sind in Russland etwa auch Hightech-Artikel für die Industrie und Rüstung. Hier sind nicht nur die Sanktionen und speziell das Verbot von Chiplieferungen, sondern zudem ein weltweiter Mangel an diesen Bauteilen hinderlich.

Spürbar ist die Krise besonders auf dem russischen Automarkt. Nach Branchenangaben brach der Neuwagenverkauf von Januar bis November um gut 60 Prozent ein. Von den einst 60 Automarken, die in Russland verkauft wurden, sind 14 übrig: 3 russische - Lada, UAZ und GAZ - und 11 chinesische. Der von Moskauer Bürokraten bejubelte Neustart der sowjetischen Marke Moskwitsch ist eine Kopie des chinesischen Kleinwagens JAC JS4. Während die Auswahl bescheiden ist, sind die Preise stattlich. In sozialen Netzwerken kursiert ein Video, in dem sich ein Käufer darüber aufregt, dass in einem Moskauer Autosalon das chinesische SUV-Modell Chery Exceed für umgerechnet fast 90 000 Euro verkauft wird. «Dafür kann man in den USA einen Mercedes GLE kaufen.» Hier bekomme er ein chinesisches Auto, das im Herkunftsland ein Drittel kostete, schimpft der Mann.

Wie die Auto- klagt auch die Immobilienbranche über Absatzprobleme. Es gibt ein Überangebot, weil die Menschen kein Geld für den Wohnungskauf haben. Statistiken zufolge können Bauunternehmen derzeit jede dritte Wohnung in einem Neubau verkaufen. Im kommenden Jahr droht sich die Lage zu verschärfen, weil dann die staatlich gestützten Hypotheken auslaufen, die den Markt bislang stützen. Dann droht mehreren Baufirmen der Bankrott.

Lösungen für die Probleme bieten Putin und seine Regierung bisher kaum. Der Kreml setzt vielmehr auf die krisenerprobte Genügsamkeit vieler Russen. Als Putin einmal gefragt wurde, ob es nicht schlimm sei, dass es etwa auf Joghurtbechern kaum noch Farbe gebe, erwiderte er, ob eine schöne Verpackung wichtiger sei als die Souveränität

Russlands. Er meinte damit, dass Russland trotz aller Nachteile und Sanktionen seine eigene Außenpolitik und damit den Krieg in der Ukraine unbeirrt fortsetzen werde.

-----

#### **Tagesschau:**

#### **Legalisiert Moskau Kryptowährungen?**

Russland erwägt laut einem Bericht der Tagesschau, Kryptowährungen wieder zu legalisieren. Würde Moskau seine Importe sanktionierter Güter mit virtuellem Geld abwickeln, wären diese noch leichter zu verschleiern. Eigentlich stand Russlands Zentralbank Kryptowährungen stets skeptisch gegenüber. Erst im Juli wurde die Bezahlung von Gütern und Dienstleistungen mit dem virtuellen Geld gesetzlich verboten. Unter dem Druck der westlichen Sanktionen hat aber nun ein Sinneswandel eingesetzt. Nach Angaben aus der Staatsduma sollen die Kryptowährungen im kommenden Jahr wieder legalisiert werden - vor allem, um die Folgen der westlichen Sanktionen abzumildern. „Im internationalen Zahlungsverkehr kann (die Kryptowährung) gut eingesetzt werden“, sagte der Leiter des Finanzausschusses in der Duma, Anatoli Aksakow, am Montag der Tageszeitung "Kommersant" zufolge. Schon im September hatte Regierungschef Michail Mischustin erklärt, die zuständigen Behörden würden sich in dieser Frage bis Jahresende auf eine einheitliche Position verständigen.

Seit Beginn der westlichen Sanktionen gibt sich der Kreml betont gelassen, was die Folgen für Russland angeht. Grund für den Sinneswandel hat Aksakow offen ausgesprochen: Es gehe darum, den „parallelen Import“ abzusichern. Das ist die offizielle Umschreibung der Einfuhr von Waren ohne die ausdrückliche Erlaubnis der Hersteller - also im Wesentlichen die Umgehung westlicher Handelsanktionen. Der parallele Import ist ein wesentliches Instrument Russlands in der Beschaffung dringend benötigter Güter, um die russische Produktion in Gang zu halten. Dabei werden die sanktionierten Güter über Drittländer beschafft. Neben Rüstungsgütern sind das vor allem Hightech-Produkte und Komponenten für die Elektronikbranche wie Halbleiter-Chips, aber auch Maschinen und Anlagen. Handelsexperten sehen denn auch in der Fähigkeit des Westens, seine Sanktionen auch gegenüber den Drittländern durchzusetzen, einen wesentlichen Aspekt ihrer Wirksamkeit. Aber die Kontrollkapazitäten und die politischen Einflussmöglichkeiten auf viele Drittländer sind begrenzt, was insgesamt einen hohen Umfang dieser Schattenimporte vermuten lässt. Mit dem Einsatz von Kryptowährungen wäre es noch leichter, solche Transaktionen zu verschleiern. Offizielle Handelsdaten werden in Russland seit Sommer nicht mehr veröffentlicht. Nach einer aktuellen Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) kommt aber an russischen Häfen trotz der Sanktionen wieder mehr Ladung an - vor allem aufgrund chinesischer und türkischer Lieferungen.

[Umgehung von Sanktionen: Legalisiert Moskau Kryptowährungen? | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/umgehung-von-sanktionen-legalisiert-moskau-kryptowaerungen?tagesschau.de)

## 5. USA

---

### Neue Personenlistungen

Die USA haben eine Reihe russischer Personen und Einrichtungen auf ihre SDN-Liste gesetzt, darunter Vladimir Potanin und Mitglieder seiner Familie sowie 18 Einrichtungen, die mit dem russischen Finanzdienstleistungssektor in Verbindung stehen, darunter die Rosbank, die Potanin Anfang des Jahres erworben hat, und Tochtergesellschaften der VTB Bank.

[Russia-related Designations and Designations Updates; Issuance of Russia-related General Licenses; Publication of Russia-related Frequently Asked Questions | U.S. Department of the Treasury](#)

Das OFAC erteilte auch drei russlandbezogene Ausnahmegenehmigungen (General Licence GL):

Mit der GL 8E wird die Rosbank in die Liste der Banken aufgenommen, die energiebezogene Transaktionen abwickeln dürfen.

[russia\\_gl8e.pdf \(treasury.gov\)](#)

GL 58 gestattet die Abwicklung und Ablehnung von Transaktionen, an denen die Rosbank beteiligt ist.

[russia\\_gl58.pdf \(treasury.gov\)](#)

GL 59 genehmigt Transaktionen im Zusammenhang mit Schuldtiteln oder Aktien der Rosbank oder mit Derivatkontrakten, an denen die Rosbank beteiligt ist.

[russia\\_gl59.pdf \(treasury.gov\)](#)

Das OFAC hat auch zwei neue FAQs (1103 & 1104) veröffentlicht

[Frequently Asked Questions - Newly Added | U.S. Department of the Treasury](#)

-----

### Vorbereitung neuer Russland-Sanktionen in den USA

Die USA wollen einem Medienbericht zufolge, weitere Sanktionen gegen Russland und China verhängen, dies berichtet dpa. Die Maßnahmen richteten sich gegen Menschenrechtsverstöße beider Länder, Russlands Einsatz iranischer Drohnen im Krieg gegen die Ukraine sowie Pekings Unterstützung mutmaßlich illegalen Fischfangs im Pazifik, berichtete das «Wall Street Journal» unter Berufung auf mit dem Sachverhalt vertraute Regierungskreise.

Demzufolge richten sich die Sanktionen gegen ranghohe Mitglieder von Regierung, Militär und Wirtschaft, denen die USA Menschenrechtsverstöße und Korruption vorwerfen. Im Zuge der Sanktionen würden in den USA deponierte Vermögenswerte der Zielpersonen eingefroren und ihre Einreise in die USA sowie Geschäfte mit ihnen unterbunden, führte

die Zeitung aus. Bei Regierungsangestellten und Geschäftsleuten könnten diese Maßnahmen auch deren internationalen Reise- und Finanztätigkeiten beeinträchtigen - dadurch betroffenen Firmen werde so der Zugang zu den größten Weltmärkten abgeschnitten.

Ein Großteil der Sanktionen solle im Rahmen des «Global Magnitsky Act» verabschiedet werden. Das Gesetz ist benannt nach dem Steueranwalt Sergej Magnitski, der 2009 in einem Moskauer Gefängnis starb, nachdem er russische Amtsträger der Korruption bezichtigt hatte.

Weitere Sanktionen richteten sich gegen Vertreter der russischen Waffenindustrie, hieß es in dem Bericht weiter. Ihnen werfen die USA demnach vor, in die Bereitstellung iranischer Militärdrohnen für den russischen Krieg in der Ukraine verwickelt zu sein. Die Drohnen sollen tödliche Angriffe auf zivile Infrastruktur in der Ukraine geflogen haben, hieß es aus den US-Regierungskreisen.

-----

### **Anklagen wegen Sanktionsumgehung**

Am Dienstag, den 13. Dezember 2022, wurde vor einem US-Bundesgericht eine Anklageschrift in 16 Punkten veröffentlicht, in der die russischen Staatsangehörigen Jewgeni Grinin,, Aleksej Ippolitow, Boris Livshits, Swetlana Skvortsowa und Wadim Konoschtschenok, sowie die US-Staatsangehörigen Alexey Brayman und Vadim Yermolenko im Zusammenhang mit einem Plan, im Namen der russischen Regierung unter Verstoß gegen die gegen Russland verhängten US-Sanktionen Militärtechnologien und Munition mit doppeltem Verwendungszweck aus den USA zu beschaffen. Der Vorwurf lautet, dass die Güter zwischen Januar 2017 und Oktober 2022 über ein Netz von Briefkastenfirmen von US-Unternehmen beschafft und über Zwischenstationen, darunter Estland, nach Russland verschifft oder geschmuggelt wurden. Presseerklärung.

Die sieben Personen sollen mit den in Moskau ansässigen Unternehmen Serniya Engineering und Sertal LLC verbunden gewesen sein, die beide im März 2022 von den USA auf die Liste der Unternehmen gesetzt wurden, die an der illegalen Beschaffung von Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck für den russischen Verteidigungssektor beteiligt waren.

Konoschtschenok wurde am 6. Dezember auf Ersuchen der USA von den estnischen Behörden verhaftet und befindet sich nun in einem Auslieferungsverfahren. Brayman hat sich dem FBI gestellt und Herr Yermolenko wurde in New Jersey verhaftet. Die anderen vier Angeklagten sind weiterhin auf freiem Fuß.

In einem damit zusammenhängenden Verfahren erließ das BIS eine vorläufige Verweigerungsanordnung (Temporary Denial Order, TDO), mit der die Ausfuhrgenehmigungen für Herrn Livshits, Frau Skvortsowa und Herrn Ippolitow sowie die Unternehmen Advanced Web Services und Strandway, LLC für 180 Tage ausgesetzt wurden. Wie in der oben genannten Anklageschrift und der TDO dargelegt, wird ihnen vorgeworfen, sensible elektronische Bauteile mit Ursprung in den USA, von denen einige für militärische Anwendungen genutzt werden können, unrechtmäßig für russische

Endverbraucher erworben und ausgeführt zu haben. Bei Advanced Web Services und Strandway LLC soll es sich um Scheinfirmen handeln, die von Livshits gegründet wurden, um Sendungen umzuleiten und Finanztransaktionen zu verschleiern, um die wahren Endabnehmer zu verschleiern.

[Russian Military and Intelligence Agencies Procurement Network Indicted in Brooklyn Federal Court | OPA | Department of Justice](#)

-----

### **Sanktionen wegen Drohnenlieferungen**

Am 9. Dezember wurden drei russische Unternehmen vom US-Außenministerium wegen ihrer angeblichen Beteiligung an einem Geschäft zur Lieferung iranischer unbemannter Luftfahrzeuge (UAVs) an das russische Militär auf die Liste gesetzt. Die Russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte (VKS), das 924. Staatliche Zentrum für unbemannte Luftfahrt und das Kommando der militärischen Transportluftfahrt (VTA) wurden gemäß Abschnitt 1(a)(i) der Executive Order 14024 sanktioniert.

[The United States Imposes Sanctions on Russian Entities Involved in UAV Deal With Iran - United States Department of State](#)

## 6. Sanktionen weiterer Länder

---

### Großbritannien

#### Bilanz zu Sanktionsausnahmen

In Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage des Abgeordneten Stephen Kinnock (Labour) zu den im Rahmen der Russland-Sanktionen des Vereinigten Königreichs erteilten Sondergenehmigungen hat das britische Finanzministerium Folgendes mitgeteilt:

Im Jahr 2021 erhielt das OFSI 11 Anträge auf Sondergenehmigungen und genehmigte 9 neue oder geänderte Genehmigungen im Rahmen der Russia (Sanctions) (EU Exit) Regulations 2019;

im Jahr 2022 bis zum 6. Dezember 2022 erhielt das OFSI 1031 spezifische Genehmigungsanträge und die jüngsten Aufzeichnungen (Stand: 6. Dezember) zeigen, dass es 82 neue oder geänderte Genehmigungen im Rahmen der Russland-Verordnungen erteilt hat; und die Erteilung von Allgemeingenehmigungen durch das OFSI hat dazu geführt, dass spezifische Genehmigungsanträge zurückgezogen wurden.

[Written questions and answers - Written questions, answers and statements - UK Parliament](#)

-----

#### Neue Personenlistungen

Das Vereinigte Königreich hat 12 hochrangige russische Kommandeure sowie drei iranische Geschäftsleute/Beamte und eine iranische Einrichtung, die an der Herstellung und/oder Lieferung von Drohnen an die russische Regierung beteiligt sein sollen, sanktioniert.

Sanktionierte russische Kommandeure:

Generaloberst Sergej Wiktorowitsch Karakajew; Generaloberst Michail Jurjewitsch Teplinskij; Generalleutnant Michail Michajlowitsch Matwejewski; Generalleutnant Nikolaj Michajlowitsch Parschin; Generalleutnant Alexander Semjonowitsch Sanchik; Generalleutnant Michail Stepanowitsch Zusko; Generalmajor Alexej Wjatscheslawowitsch Awdejew; Generalmajor Robert Baranow; Generalmajor Alexander Wladimirowitsch Nowikow; Generalmajor Oleg Jurjewitsch Zokow; Oberst Georgi Iwanowitsch Schuwaew; und Oberst Jewgeni Nikolajewitsch Schurawlew.

Sanktionierte iranische Staatsangehörige und Organisation:

Oje Parvaz Mado Nafar Company (Mado) und ihr Direktor Yousef Aboutalebi;



Brigadegeneral Abdollah Mehrabi (Leiter der IRGC ASF Research and Sufficiency Jihad Organisation); und Professor Afshin Khajeh Fard (Leiter der Iran Aviation Industries Organisation). Mado, Aboutalebi und Mehrabi wurden am 12. Dezember 2022 auch in die Russland-Sanktionsliste der EU aufgenommen.

Darüber hinaus wurden die Einträge für Veselinovic Zvonko, Kale Kayihura, Artur Rinatovich Shambazov, die 99th Light Infantry Division und Said Gutseriev auf der Sanktionsliste des Vereinigten Königreichs aktualisiert.

[New UK sanctions target senior Russian commanders following strikes on Ukrainian civilian infrastructure - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/new-uk-sanctions-target-senior-russian-commanders-following-strikes-on-ukrainian-civilian-infrastructure)

[Notice Russia 131222.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](https://publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1131222/Notice_Russia_131222.pdf)

-----

### **Expertendialog über Sanktionswirkung**

Die Ausschüsse des britischen Unterhauses für Waffenexportkontrollen hielten letzte Woche eine Sitzung ab, um die Wirksamkeit von Sanktionen und Handelskontrollen gegenüber Russland zu untersuchen. Hier die Mitschrift der Sitzung:

<https://committees.parliament.uk/oralevidence/12000/pdf/>

-----

## **Kanada**

### **Sanktionen gegen Unterdrückungsapparat**

Am 7. Dezember 2022 hat Kanada seine Sanktionsliste erweitert. 33 Personen, die mit der systematischen Unterdrückung von Protesten und Widerstand gegen Russlands Aggression gegen die Ukraine, Zwangsmobilisierungen und antidemokratischen Entscheidungen der russischen Regierung in Verbindung stehen sollen, sowie 6 föderale russische Institutionen, die an den Ermittlungen, der Strafverfolgung und der Inhaftierung russischer Bürger, die die russische Politik in der Ukraine kritisieren, beteiligt sein sollen, wurden neu gelistet.

## 7. Blick über den Tellerrand

---

### **Neue EU-Sanktionen gegen Iran**

Der Europäische Rat hat mit Wirkung zum 14. Dezember neue Sanktionen gegen Iran eingeführt: 20 Personen und eine Einrichtung wurden neu in die Liste der Personen aufgenommen, gegen die im Rahmen der bestehenden Menschenrechtssanktionen gegen Iran restriktive Maßnahmen verhängt wurden. Dies geschah in Anbetracht ihrer Rolle bei der gewaltsamen Reaktion auf die jüngsten Demonstrationen im Iran nach dem Tod von Mahsa Amini.

Zudem hat der Rat auch vier Personen und vier Einrichtungen in die Liste der Personen aufgenommen, gegen die restriktive Maßnahmen wegen Untergrabung oder Bedrohung der territorialen Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine verhängt wurden. Dies geschah in Anbetracht ihrer Rolle bei der Entwicklung und Lieferung unbemannter Luftfahrzeuge (UAVs), die Russland in seinem Krieg gegen die Ukraine einsetzt. Der Rat hat außerdem seine Absicht bekundet, aus denselben Gründen restriktive Maßnahmen gegen eine weitere Einrichtung zu verhängen.

Die restriktiven Maßnahmen der EU umfassen das Einfrieren von Vermögenswerten, ein Einreiseverbot in die EU und das Verbot, den aufgeführten Personen Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

[Iran: EU adopts Council conclusions and additional restrictive measures - Consilium \(europa.eu\)](https://europa.eu/iran)

## 8. Termine

---

### **31. Januar 2023: Tag der kasachischen Wirtschaft in München**

Kasachstan ist Deutschlands führender Wirtschaftspartner in Zentralasien. So entfielen in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres knapp 85 Prozent des gesamten deutschen Handels mit den zentralasiatischen Staaten auf Kasachstan. Mit keinem anderen Bundesland ist die Kooperation so intensiv wie mit dem Freistaat Bayern. Zahlreiche bayerische Unternehmen sind in Kasachstan aktiv, das Land gehört zu den Top 10 der Importländer des Freistaats.

Um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Kasachstan und dem Freistaat Bayern noch weiter zu vertiefen, findet am 31. Januar 2023, 10.00 - 13.00 Uhr, im Hotel Sofitel München, Bayerstraße 12, 80335 München ein Tag der kasachischen Wirtschaft statt. Themenschwerpunkte sind der Maschinen- und Anlagenbau, Hochtechnologie und Landwirtschaft. Aus Kasachstan wird eine hochrangige politische und wirtschaftliche Delegation erwartet.

Wir bitten Sie, sich den Termin bereits jetzt vorzumerken. Eine Einladung und ein detailliertes Programm kommen in Kürze.

Für weitere Fragen und Informationen stehen Ihnen der Generalkonsul der Republik Kasachstan in München Dr. Denis Rogov (Tel.: 089/909 010 60, E-Mail: [d.rogov@mfa.kz](mailto:d.rogov@mfa.kz)), der Leiter der Wirtschaftsabteilung, Botschaftsrat Dauren Akberdiyev (Tel.: 030 47 007 133, E-Mail: [d.akberdiyev@mfa.kz](mailto:d.akberdiyev@mfa.kz)), und der Regionaldirektor Zentralasien im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, Eduard Kinsbruner, [e.kinsbruner@oa-ev.de](mailto:e.kinsbruner@oa-ev.de) zur Verfügung.

## 9. Tipps & Links

---

Die neue Ausgabe der **Ukraine-Analysen** geht der Frage nach einer möglichen Verhandlungslösung im Krieg mit Russland nach. Außerdem wird ein Blick auf die ukrainische Wirtschaft im Kriegszustand geworfen:

[Ukraine-Analysen Nr. 276 | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](#)

-----

Das Wilfried Martens Centre for European Studies aus Belgien hat eine 30-seitige Analyse zu den **Wirkungen der EU-Sanktionen gegen Russland** veröffentlicht. Das Papier analysiert eine breite Palette detaillierter Wirtschaftsdaten. Diese zeigen, dass die russische Wirtschaft bereits mit einer Vielzahl von Schwierigkeiten zu kämpfen hat, die nur durch politische Tricks und die verbleibenden Finanzreserven Russlands eingedämmt werden könnten. [Beyond-the-Headlines.pdf \(martenscentre.eu\)](#)

-----

Die neue Ausgabe der **Russland-Analysen** widmet sich unter anderem den chinesisch-russischen Beziehungen in Zeiten des Krieges und der Entwicklung der bilateralen Handelsbeziehungen: [Russland-Analysen Nr. 428 | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](#)

-----

„Der Angriff auf die Ukraine und die **Militarisierung der russischen Außen- und Innenpolitik**“ ist der Titel einer neuen Analyse der Stiftung Wissenschaft und Politik: [Der Angriff auf die Ukraine und die Militarisierung der russischen Außen- und Innenpolitik - Stiftung Wissenschaft und Politik \(swp-berlin.org\)](#)

-----

Die neuen **Russland-Analysen** sind erschienen. In der 427. Ausgabe steht die Organisation Memorial im Mittelpunkt, der in diesem Jahr der Friedensnobelpreis zuerkannt wurde. [Russland-Analysen Nr. 427 | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](#)

-----

Die Zeitschrift **OSTEUROPA** räumt ihr Lager. Aus den wichtigsten Heften schnürt die Redaktion Lesepakete nach Themen und Ländern zu Sonderpreisen. Man kann auch ein Wunschkpaket zusammenstellen. Inhaltsverzeichnisse und Abstracts der Hefte finden Sie unter: [www.zeitschrift-osteuropa.de/](http://www.zeitschrift-osteuropa.de/) Bitte richten Sie Ihre Bestellung unter Angabe Ihrer Adresse an: [osteuropa@dgo-online.org](mailto:osteuropa@dgo-online.org).

-----

### **Wichtige Kontakte zu Sanktionen:**

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

**Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:**

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

**Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen**

[BAFA - Russland](#)

**Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde**

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eu\\_833\\_2014.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eg\\_765\\_2006.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=19](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19)

**GTAI-Sanktionsübersicht**

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

**AEB: Sanktionsübersicht**

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](#)

**AHK Belarus Krisenhotline**

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

-----

### **Spendenaufwurf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine**

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das DeutschUkrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

-----

### **+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++**

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie [hier](#).

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

**Haftungsausschluss:**

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

## Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz  
Leiter Public Affairs  
T. +49 (0)30 206167-120  
[A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)  
Breite Straße 29  
10178 Berlin

[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)  
LinkedIn | Facebook | Twitter @OstAusschuss